



SEBASTIAN WELLS

FOTO-TABLEAU

Wigan – ein Besuch auf Orwells Spuren 3/5

Auch wenn das nordenglische Wigan seit Jahrzehnten eine solide Labour-Hochburg ist: Am 1. Mai, als diese Aufnahme entstand, hatten die Mitglieder des lokalen Bellingham Bowling Club offensichtlich Besseres zu tun, als zu marschieren oder die Reden von Parteiführern anzuhören. Dazu mag die vom Fotografen Sebastian Wells rapportierte Transformation der einstigen Bergbaustadt ihren Teil beigetragen haben: An die Industrielwelt der 1930er Jahre, so Wells, erinnern heute «nur noch wenige Ruinen, aus den meisten Kohlefeldern wurden idyllische Baggerseen oder gepflegte Golfplätze». Ungleich mehr aber dürfte der Verdross über die offizielle Linie der Labour-Partei ins Gewicht fallen, die sich ihrer Stammwählerschaft in jüngerer Zeit gründlich entfremdet hat. Auch Jeremy Corbyns Versuch, der Partei Glaubwürdigkeit und neue Zugkraft zu verleihen, wird von vielen Parteimitgliedern mit Skepsis betrachtet.

Ausweitung der Abschusszone

Trumps Raketenabwehr

Gastkommentar
von OLIVER THRÄNERT

Der erste Test einer nordkoreanischen Interkontinentalrakete, durchgeführt ausgerechnet am 4. Juli, dem amerikanischen Nationalfeiertag, hat ein grelles Schlaglicht auf die Gefahren geworfen, die von der Verbreitung von Raketentechnologien ausgehen. Eine mögliche Gegenmassnahme besteht in der Ausweitung von Programmen zur Raketenabwehr. Sie erfreut sich in den Vereinigten Staaten seit Jahren parteiübergreifender Unterstützung.

Anders in Europa. In vielen europäischen Hauptstädten gibt es Zweifel: Ist Raketenabwehr überhaupt technisch machbar? Wäre das finanzierbar? Zudem wird Russland nicht müde, mit Verweis auf die angebliche Störung des strategischen Gleichgewichts gegen die Nato-Raketenabwehr Stellung zu beziehen, was in einigen Nato-Ländern nicht ohne Wirkung bleibt. Diese transatlantischen Missklänge dürften sich nun, da mit Donald Trump ein ausgesprochener Fan der Raketenabwehr das Weisse Haus bewohnt, zur Kakophonie steigern.

Einer Auflage des US-Kongresses nachkommend, erarbeitet die Trump-Administration derzeit einen Bericht zur Zukunft der Raketenabwehr («Missile Defeat Review»). Zu erwarten ist, dass die USA ihre bisherige Politik in zentralen Bereichen ändern. Wichtigster Unterschied zur Vorgängerregierung Barack Obamas wird voraussichtlich sein, dass Washington seine Raketenabwehr nicht nur gegen Angriffe seitens kleinerer Staaten mit limitierten Offensivmitteln wie Nordkorea oder Iran ausrichtet, sondern künftig auch gegen mögliche begrenzte Angriffe von China oder auch Russland.

Die US-Nachrichtendienste weisen darauf, dass immer mehr Länder Raketen mit modernen Antrieben und verbesserter Zielgenauigkeit bauen. Zudem erfreuten sich Marschflugkörper wachsender Beliebtheit. Als Resultat könnte den amerikanischen Streitkräften im Konfliktfall der Zugang zu bestimmten Einsatzorten verwehrt werden. Dies könnte die Glaubwürdigkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien wichtigen Alliierten gegenüber untergraben. Zudem weicht sich Nordkorea mit seinem Atom- und Raketenprogramm, das es Pjongjang bald erlauben könnte, Ziele an der amerikanischen Westküste mit Atomwaffen ins Visier zu nehmen, zu einer strategischen Bedrohung aus.

Ferner modernisierten Russland und China ihre Raketenarsenale mit dem Ziel, amerikanische Raketenabwehr zu überwinden. Um dies zu erreichen, arbeiteten beide Mächte an Hypersonic-Glide-Systemen mit strategischer Reichweite. Dies sind manövrierbare Waffen, die mit

sehr grosser Geschwindigkeit und die meiste Zeit nicht einer ballistischen Flugbahn folgend ihr Ziel ansteuern. Konkrete Folgen für die europäische Sicherheit habe der russische Verstoß gegen den INF-Vertrag von 1987 zum Verbot amerikanischer und russischer nuklearer Mittelstreckenwaffen infolge der Stationierung neuer russischer Marschflugkörper. Moskau könne mit diesen Waffen womöglich die im Falle der Verteidigung etwa des Baltikums dringend erforderliche Verlegung von Nato-Truppen nach Osten unterbinden.

Die Trump-Administration wird vor diesem Hintergrund voraussichtlich zwei zentrale Konsequenzen ziehen: Erstens wird sie die Raketenabwehr massiv ausweiten mit dem Ziel, nicht nur ballistische Raketen, sondern auch Marschflugkörper und Hypersonic-Glide-Systeme zu bekämpfen; zweitens wird Trump die Verteidigungsplanungen auch gegen Russland und China richten.

In praktischer Hinsicht könnte Trump neben dem Ausbau und der Modernisierung der bestehenden Radar- und Abwehrstellungen in Kalifornien und Alaska den Aufbau einer dritten solchen Anlage an der amerikanischen Ostküste verfolgen. Überdies dürften diejenigen Projekte intensiviert werden, deren Ziel es ist, mit einem Interzeptor mehrere anfliegende Objekte zu zerstören.

Schliesslich ist zu erwarten, dass Donald Trump das unter Barack Obama auf Eis gelegte Programm eines luftgestützten Lasers (möglicherweise montiert auf einem unbemannten Luftfahrzeug) reaktiviert, der es erlaube, gegnerische Raketen unmittelbar nach deren Start zu zerstören. Dies würde die Anzahl der zu bekämpfenden Ziele drastisch verringern, da es noch nicht zum Ausstoss mehrerer Gefechtsköpfe und Tauschkörper käme. Mit diesem Vorgehen verbliebe der aus dem frühzeitigen Abschuss resultierende Raketen-(und Atom-)Müll auf dem Territorium des Gegners.

Inwiefern sich derartige Vorhaben technisch und finanziell umsetzen lassen werden, muss derzeit offenbleiben. Politisch werden sie hingegen in Moskau und Peking erheblichen Staub aufwirbeln. Beide werden um die Glaubwürdigkeit ihrer strategischen nuklearen Zweitschlagfähigkeit fürchten. Dies wiederum wird Europäer (und auch asiatische Partner Amerikas) auf den Plan rufen, denen nicht an einer Konfrontation mit diesen mächtigen Nachbarn gelegen ist. Insbesondere die Europäer sind gut beraten, sich auf das aufziehende Gewitter zum Thema Raketenabwehr gründlich vorzubereiten.

Oliver Thränert leitet den Think-Tank am Center for Security Studies der ETH Zürich.

Ohne Vertrauen keine Gemeinschaft

Wenn der Staat lügt

Gastkommentar
von MANFRED SCHNEIDER

Im Jahre 1780 veranlasste Friedrich der Grosse seine Akademie der Wissenschaften, die Preisfrage zu stellen: «Nützt es dem Volk, betrogen zu werden?» Vier Jahre nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung lautete die Mehrzahl der Antworten aus dem gelehrten Deutschland «Ja». Auch der preussische König meinte, dass politische Lügen unvermeidlich seien. König Friedrich war auch gross in der Verachtung des Pöbels. Die Gerechtigkeit der Geschichte sorgte dafür, dass der preussische Staat wie viele andere seiner Art unter den Trümmern der politischen Lüge und der Volks-Verachtung begraben wurde.

Anders als im 18. Jahrhundert verkörpert heute in der aufgeklärten Welt keine lebendige Einzelperson mehr den Staat, sondern er wird von Amtsinhabern repräsentiert, die zeitlich befristete Stellvertreter sind. Alle Präsidenten, Parlamentarier, Minister, Richter und Beamte sind Vikare. Paradoxerweise bleibt die Stelle, die sie vertreten, unbesetzt, weil das Volk als alleiniger Machthaber zwar souverän, aber eine fiktive Person ist. Es liegt daher auch nicht mehr im Gutdünken der Amtsträger, über den Nutzen der Wahrheit fürs Volk zu entscheiden. Sie haben sich ohne jede Einschränkung an die Wahrheit zu halten. Diese fundamentale Pflicht zerfällt gegenwärtig im Getöse des amerikanischen Parteienkampfes, wo sich der Präsident und höchste Beamte wechselseitig zu Lügen erklären.

Die philosophische Tradition von Platon bis Machiavelli hat den Fürsten zugestanden, dass sie lügen dürfen, wenn es das Wohl des Staates erfordert. Erst Immanuel Kant, der 1780 die Preisfrage seines Königs keiner Antwort würdigte, versetzte dem Lügenopportunisten den Todesstoss. Und das war der grosse Augenblick der Aufklärung. Kant hat in einem kleinen Aufsatz «Über ein vermeintes Recht, aus Menschenliebe zu lügen» die Pflicht zur Wahrheit als eigentliche Königsfrage betrachtet. Diese Pflicht verlange sogar, dass wir theoretisch auch einem Mörder, der in übler Absicht nach unserem Freund fragt, wahrheitsgemäss antworten müssten. Kant schloss mit diesem Gedankenspiel aus, dass die Pflicht zur Wahrhaftigkeit irgendeine Einschränkung ertrüge. Wird die «gutmütige» Lüge, die eine böse Tat verhindern oder gar eine edle ermöglichen soll, zur Maxime des Staates und in der Folge zur sittlichen Regel, dann zerstört sie das Gemeinwesen. Beispiele dafür füllen weltweit die Erhebungen über Korruption.

Zugleich zeigt Kants Gedankenspiel ein mögliches Dilemma auf, das eine Einzelperson in einen tragischen Konflikt verwickeln kann. Der Staat ist jedoch nicht tragödienfähig. Er ist ein

symbolischer Vater. Einst war «pater patriae» der Ehrentitel römischer Politiker und Kaiser, ehe er in unsere westliche Staatsmythologie einzog.

Der Staat ist aber nicht nur als Sorgender ein Vater, sondern auch als Ursprung und Garant des Rechts. Die alte Vatermetapher, die die jüdisch-christliche Gottesvorstellung trägt, umfasst die beiden Dimensionen des Rechts und der Wahrheit. Über die Verheerung, die lügenhafte Eltern bei ihren Kindern anrichten, können Psychologen und Kriminologen vieles berichten. Die Erziehung zur Wahrheit, die die Grundlage allen moralischen Handelns und Sprechens bildet, wird durch einen lügenden Vater ruiniert. Und entsprechend geht von lügenhaften Vertretern des Staatsvaters eine fundamentale Demoralisierung der Gesellschaft aus.

Die katastrophalen Folgen solcher Demoralisierung führt uns in diesen Wochen das Politikschauspiel in Washington vor Augen. Der ökonomische Machiavellismus, der Geschäftsleute mit Lügen und Tricks für den eigenen Vorteil sorgen lässt (man denke an den «Abgaskandal»), gefährdet das Vertrauen lediglich in den Beziehungen der Wirtschaft. Schlimm genug. Doch der lügende Staat zerstört Vertrauen überhaupt. Dann beansprucht jeder Bürger auch das Recht, sich zu bewaffnen oder womöglich auf den falschen Vater zu schiessen.

Kants rigorose Forderung, auch gegenüber einem Feind im Zwangsfalle die Wahrheit zu sagen, hat unzählige empörte Philosophenkommentare herausgefordert. Wie recht er aber hatte, wird heute dramatisch sichtbar. Die masslose Feindschaft, welche die beiden politischen Lager in den USA (und auch anderswo) kultivieren, bildet für manche ihrer Politiker und Amtsträger die Legitimation dafür, im politischen Kampf der Wahrheit den Abschied zu geben. Sie begreifen nicht, dass Ordnung und Recht unendlich viel wichtiger sind als der Erfolg im Streit der Parteien.

Zugleich wird daran klar, wie richtig Kants Forderung war, auch gegenüber dem Feind die Wahrheit zu sagen. Wer den politischen Konkurrenten einfach zum lügenhaften Feind erklärt, der entzieht sich dieser Pflicht mit Leichtigkeit. Als Ronald Reagan im März 1981 nach einem Attentatsversuch schwer verletzt in das Washingtoner University Hospital gefahren wurde, sagte er zu den Ärzten «Please tell me you're all Republicans». Hätte ein demokratischer Chirurg das Messerchen den Rest besorgen lassen? Reagans Frage war ein Witz, aber er deutet an, wohin der Ruin des Vertrauens durch ein vermeintliches Recht auf Staatslüge führt.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. 2013 erschien «Transparenzraum».